



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Z.: Häussers deutsche Geschichte in ihrer neuen Gestalt.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Häußers Deutsche Geschichte in ihrer neuen Gestalt.

Ludwig Häuffer, Deutsche Geschichte vom Tode Friedrich des Großen bis zur Gründung des deutschen Bundes. Dritte sehr veränderte und vermehrte Auflage. Berlin, Weidmannsche Buchhandlung. (R. Reimer) 1861—63.

Seit dem Erscheinen der ersten Auflage des häußerschen Werkes haben die auf Erforschung der Geschichte des Revolutionszeitalters gerichteten Studien rasche und bedeutende Fortschritte gemacht. Besonders die ausgedehnte Benutzung des preussischen Staatsarchivs hat ein ganz neues Licht über Verhältnisse verbreitet, die bis dahin theils völlig unbekannt, theils bis ins Sagenhafte entstellt waren. Vor Allem verdient hier die zweite Auflage von Sybels Geschichte des Revolutionszeitalters Erwähnung, die eine Reihe der wichtigsten Thatsachen als unerschütterliche Resultate der Quellenforschung festgestellt hat. Die Ansichten Sybels über die Entstehung des Revolutionskrieges sowie über den Einfluß, den das, wenn auch unbeabsichtigte Zusammenwirken der revolutionären französischen Propaganda mit den nicht minder revolutionären Eroberungsplänen der Kaiserin Katharina auf den Bestand des europäischen Staatensystems ausgeübt hat, sind in ihren wesentlichen Zügen vor jeder Widerlegung gesichert. Ebenso läßt sich mit Sicherheit annehmen, daß ein erneutes und erweitertes Quellenstudium auch Sybels Darstellung von dem zwischen Preußen und Oestreich vom reichenbacher Congresse bis zum baseler Frieden obwaltenden Verhältnissen in allen Hauptpunkten lediglich bestätigen wird. Wir können in Bezug auf diese Periode die erneute Quellenforschung Häußers als eine Revision der sybelschen Studien ansehen. Auch Häuffer hat, und zwar für den ganzen Umfang seines Werkes in dieser neuen Auflage, außer einigen andern Quellen, die Schätze des berliner Archives aufs Gründlichste und, wie wir glauben, erschöpfend benützt. Wie sich voraussetzen läßt, stimmen die Resultate der Forschungen beider ausgezeichneten Geschichtsschreiber, wo sie dieselben Gegenstände behandeln, wesentlich überein, ein Beweis, daß wir die Kenntniß der von ihnen gemeinschaftlich behandelten Periode im Großen und Ganzen als abgeschlossen betrachten können, ohne erwarten zu müssen, daß eine etwaige Oeffnung der wiener Archive irgendwie die von ihnen gewonnenen Resultate umzugestalten geeignet sein würde. Daß bei der Uebereinstimmung im Allgemeinen die Auffassungen der beiden Historiker in einzelnen Punkten

differiren, ist begreiflich. So stellt z. B. Sybel bekanntlich jeden Einfluß der östreichisch-preussischen Politik, insbesondere der pillniger Verabredungen, auf die Steigerung der kriegerischen Leidenschaften in Frankreich, die er ausschließlich aus den inneren Partekämpfen erklärt, so wie auf die endlich erfolgte Kriegserklärung Frankreichs an Oestreich in Abrede. Auch Häuffer erklärt die Ansicht, die in der Besprechung von Pillnitz ein contrerevolutionäres Bündniß gegen Frankreich erblickt, für irrig. Auch nach ihm weisen die Gedanken und Absichten der beiden Monarchen auf alles Andere eher, als auf eine rasche Action hin. Aber für so ganz harmlos und unbedenklich hält er, und wie wir glauben mit Recht, die pillniger Erklärung in ihren Wirkungen doch nicht. Es komme in solchen Lagen oft weniger darauf an, was die Urheber eines Schrittes wollen, als darauf, wie die Andern ihn deuten. Die Hinweisung auf kriegerische Vorbereitungen konnten in Paris vielleicht ernster genommen werden, als sie in Pillnitz gemeint waren. „Es ist ein eigenes Ding mit der Reizbarkeit des Nationalgefühls, zumal in stürmischen Zeiten, wo dessen Erregung eine furchtbare Waffe werden kann in den Händen revolutionärer Parteien.“ „Der Tag von Pillnitz hat den Keim gelegt zu der Besorgniß vor der bewaffneten Contrerevolution des Auslandes, und dieser Keim hat in der entscheidenden Stunde mit einer Raschheit und Macht sich entfaltet, die alle Berechnungen der Urheber weit überstieg.“ Wir glauben, daß in diesen Worten die Bedeutung der Verabredung nach beiden Seiten hin auf ihr richtiges Maß zurückgeführt ist.

Eine andere Differenz, auf die Häuffer ausdrücklich hinweist, stellt sich in der Beurtheilung von Haugwitz' Verhalten bei Gelegenheit des haager Vertrags zwischen England und Preußen heraus. Sybel beschuldigt Haugwitz, sich bei dieser Gelegenheit unentschieden benommen und allerdings aus Bequemlichkeit gefehlt zu haben, spricht ihn aber von dem Vorwurf der Zweideutigkeit frei, während Häuffer sein Verhalten durchaus zweideutig findet. Die Sache verhält sich nach Häuffers ausführlicher actenmäßiger Darstellung folgendermaßen. Im haager Vertrag (19. April 1794), durch den England das finanziell sehr erschöpfte Preußen bei der Coalition festzuhalten suchte, hatten sich die Seemächte zu Subsidienzahlungen an Preußen verpflichtet. Dafür sollte die Armee, von einem preussischen Feldherrn geführt, nach einer militärischen Uebereinkunft zwischen Großbritannien, Preußen und Holland da verwendet werden, wo es den Interessen der Seemächte am zuträglichsten schien. In Folge dieser Stipulation forderten England und Holland den sofortigen Marsch der preussischen Armee in die Niederlande, welchem Schritt sich der Feldmarschall v. Müllendorf aus militärischen Gründen mit vollem Rechte widersetzte. Auch glaubte er dem Vertrage gemäß zu seiner Weigerung durchaus berechtigt zu sein, indem er den Hauptnachdruck auf die Worte, „nach einer militärischen Uebereinkunft“

legte, also seine Zustimmung zu den Plänen der Seemächte für erforderlich hielt, während die Seemächte ohne Weiteres über ihn nach Gefallen glauben verfügen zu können. Die fehlerhafte, in sich widerspruchsvolle Fassung des Vertrages ließ offenbar beide Auslegungen zu, und Haugwitz, der Unterhändler des Vertrages, hatte in seinem Schreiben an Möllendorf diesen in seiner Auffassung bestärkt, doch wohl, weil er den ungünstigen Eindruck fürchtete, den es auf den Feldmarschall und die Armee machen mußte, wenn es bekannt wurde, daß für 50,000 Pfund monatlicher Subsidien die preussischen Truppen den Seemächten geradezu zur Disposition gestellt waren. Auch bei den Verhandlungen im Haag hatte er sich geweigert, den Marsch nach Belgien als ausdrückliche Bedingung in den Vertrag aufzunehmen, wohl aber stimmte er der zweideutigen Fassung bei, die, wie er voraussehen konnte, zu den ärgerlichsten Verwickelungen Veranlassung geben mußte. Daß er den damit begangenen Fehler recht wohl gefühlt hat, zeigt sich deutlich darin, daß er in einer Mittheilung an Möllendorf die bedenkliche Stelle nicht in ihrer ganzen Schärfe angibt. Er schreibt: *conformément aux intérêts des Puissances maritimes* statt *là où il sera le plus convenable aux intérêts des Puissances maritimes*. Bis hierher war das Benehmen des Ministers schwach, und man mag sich bei Sybels Erklärung beruhigen, daß er aus Bequemlichkeit gern einer klaren Entscheidung auswich. Daß er aber in späteren Verhandlungen mit Malmesbury in Maastricht Möllendorfs Auffassung, der er doch selbst Vorschub geleistet hat, gar nicht erwähnt, daß er vielmehr bestimmt versichert, daß Preußen zu Jeglichem bereit sei, wenn England die Subsidien bezahlte, berechtigt Häusser doch wohl, seine Haltung für doppelsinnig und zweideutig zu erklären, vorausgesetzt, daß die Diaries Malmesburys vollkommen zuverlässig sind, was Sybel, und nicht ohne einigen Grund bestreitet, da der Herausgeber dieser Papiere offenbar nicht ganz unparteiisch in der Auswahl des zu Veröffentlichenden zu Werke gegangen ist. Dies zeigt sich z. B. darin, daß ganz ausgelassen ist, daß Malmesbury vor den haager Verhandlungen selbst auf die Deckung der Rheinlande gedrungen und dadurch die schon beschlossene Sendung Möllendorfs rheinabwärts, diesem sehr zu Gefallen, gehindert hatte. Indessen berechtigen diese tendentiosen Auslassungen doch immer noch nicht zu der Annahme directer Fälschungen, und die ohne eine solche Annahme nicht fortzuschaffenden Aeußerungen Haugwitzs Malmesbury gegenüber genügen denn doch, um den Vorwurf einer Duplicität, die allerdings in der Charakterschwäche des Ministers ihren Grund haben mag, als begründet erscheinen zu lassen. Abgesehen von diesen und andern Einzelheiten stimmen in Betreff der Periode bis 1791 die Auffassungen beider Historiker im Großen und Ganzen überein, gewiß ein sehr erfreuliches Resultat. Weniger erfreulich, wir können diese Bemerkung nicht unterdrücken, ist es, daß die Ergebnisse der beiden Werke im Ganzen noch so wenig Gemein-

gut der Nation geworden sind, daß die alten Vorurtheile noch immer lebendig sind und jede Gelegenheit benutzen, um sich zu äußern. Es gilt einmal für eine gewissermaßen auf die Tradition beglaubigte Thatsache, daß der Abschluß des baseler Friedens der Ursprung alles in Folge der Revolution über Deutschland verhängten Unheils sei, und daß folglich Preußen die ganze Verantwortung für Deutschlands Schmach zu tragen habe. Wie viele Preußen gibt es aber, auch unter den Gebildeten, die im Stande sind, ohne den begangenen Fehler zu beschönigen, Preußens Schuld auf ihr richtiges Maß zurückzuführen und die nackte Thatsache als Wirkung einer Reihe von Ursachen zu begreifen? Wie viele, auch unter den Gebildeten Deutschlands, gibt es, die im Stande sind, zu begreifen, daß Preußens größte Schuld die Schwäche war, mit der es Oesterreich gegenüber zu Reichenbach seine imponirende Schiedsrichterstellung aufgab, ohne durch die Verhältnisse dazu gezwungen zu sein. Wir glauben die Hoffnung aussprechen zu dürfen, daß diese dritte Auflage des mit Recht so populären Werkes von Häusser, welches im edelsten Sinne des Wortes ein Nationalwerk ist, viel dazu beitragen wird, die richtige Auffassung gewisser Thatsachen, deren klare Erkenntniß einer Nation, die nach politischer Geltung strebt und auf politische Bildung Anspruch macht, unbedingt nothwendig ist, auch in weitere Kreise zu verbreiten.

Uebersaus reichhaltig sind die Verbesserungen, die für die Zeit von dem baseler Frieden an dem Werke aus der Benutzung der preussischen Archive zugeflossen sind. Besonders die preussische Politik in den mannigfachen Windungen und Wendungen, die sie macht, um den Consequenzen ihres ersten, großen Fehlers, des reichenbacher Vertrages, zu entgehen, wird mit voller Klarheit, und, da die mithandelnden Personen fast immer selbst citirt werden, um als Zeugen über ihr Thun und Lassen Rechenschaft abzulegen, mit dramatischer Anschaulichkeit dargelegt. Wir können natürlich nicht dem Verfasser durch die ganze Fülle des neu hinzugekommenen Stoffes folgen und müssen uns begnügen, die Parteen, die vorzugsweise bereichert sind, anzugeben und Einzelnes zu näherer Besprechung hervorzuheben.

Indem wir Alles das übergeben, was sich auf den Abschluß des bereits von Sybel so gründlich dargestellten baseler Friedens, so wie auf Preußens vergebliche Versuche, denselben wo möglich mit Rettung des linken Rheinufers zum Reichsfrieden weiter zu bilden, bezieht, können wir doch nicht umhin, eine merkwürdige Denkschrift Hardenbergs, des Staatsmannes, dessen Name am engsten mit dem verhängnißvollen Frieden verknüpft ist, zu erwähnen. Die Denkschrift, nicht lange nach dem Frieden verfaßt, schildert die Haltung der Franzosen sowohl in der Grenzfrage, wie in Betreff der Demarcationslinie. Sie findet die Situation Preußens nach dem Allen äußerst kritisch und bedenklich, beklagt es, daß der Krieg, einmal angefangen, nicht mit Eintracht und Nach-

druck zu Ende geführt sei, und wendet sich mit Entschiedenheit gegen die Ansicht derjenigen, die Preußens Vortheil dadurch am besten gewahrt sähen, daß es, während Oestreich sich im fortgesetzten Kriege erschöpfe, in neutraler Stellung seine Kräfte sammle und den Ereignissen abwartend zuschaue. Hardenberg erscheint vielmehr den fortdauernden Steigerungen der französischen Macht gegenüber die neutrale und unthätige Stellung fortan unhaltbar, die Rücksicht auf die Dauer des Friedens gebieten ebensosehr wie Preußens Ehre und Ansehen, daß es an der Entscheidung thätig Antheil nehme. Vor Allem solle man den weiteren Uebergreifen der Franzosen kräftig begegnen, die norddeutsche Neutralität bestimmt zur Anerkennung bringen, die niederrheinischen Provinzen weiter besetzen, Holland nicht in Abhängigkeit gerathen lassen, sich bei dem Friedensgeschäft einen bestimmten Einfluß sichern. Dies Alles sei den Franzosen zwar in freundschaftlichem, aber zugleich festem und ernsthaftem Ton zu erklären, ein Observationscorps aufzustellen und auch der Krieg nicht zu scheuen.

Gewiß legt dies interessante Document für Hardenbergs staatsmännische Einsicht ein rühmliches Zeugniß ab. Leider sollte aber die Trefflichkeit seiner Rathschläge nur durch das Anheil bewährt werden, welches ihre Nichtbefolgung nach sich zog. Denn, weder waren die Anstrengungen Preußens, sich einen bestimmten Einfluß bei dem Friedensgeschäft zu sichern, ausreichend, noch gelang es ihm, die norddeutsche Neutralität, die doch recht eigentlich die Basis der preussischen Stellung war, sicher zu stellen. Zur Erfüllung dieser dringlichsten Aufgaben war aber Preußen deshalb unfähig, weil es, je drohender die Wolken um seinen Horizont sich zusammensogen, um so stricter auf dem Princip der Neutralität beharren zu müssen glaubte. Nun ist es aber augenscheinlich, daß die Neutralität, sobald sie als principieller Standpunkt ausgesprochen wird, nothwendiger Weise auch einen Verzicht auf jede diplomatische Wirksamkeit in sich schließt. Was konnte alle diplomatische Feinheit (und an der hat es den Leitern der preussischen Politik nicht gefehlt) in der damaligen Periode gewalthätiger Rücksichtslosigkeit für eine Wirkung hervorbringen, wenn der Gegner mit voller Sicherheit wußte, daß er dem diplomatischen Einschreiten Preußens am sichersten dadurch begegnen könne, daß er dasselbe vollkommen unbeachtet lasse!

Indessen über die Fehler der preussischen Politik herrscht wohl nur eine Stimme. Das Urtheil darüber steht so fest, daß man in Preußen selbst lange Zeit mit Resignation in die dahin gerichteten Vorwürfe eingestimmt hat, ja daß man sich geduldig die Fehler der Anderen noch dazu hat aufbürden lassen. Diese Fehler der Andern nachgewiesen und dargelegt zu haben, wie sie besonders dazu beigetragen haben, Preußen in falsche Wege hineinzudrängen, und in denselben festzuhalten, der Hypokrisie, die scheinheilig auf Preußens Verirrungen und Fall herablickte, die Maske abgerissen zu haben, das ist eben das große Verdienst der neueren Geschichtschreibung.

Die Opposition Oestreichs gegen den baseler Frieden war vorzugsweise dagegen gerichtet, daß durch jenen Frieden das linke Rheinufer preisgegeben sei; so kam Oestreich in die vortheilhafte Lage, indem es der Durchführung des Friedens alle möglichen Hindernisse in den Weg legte, seine Reichstreue in das hellste Licht stellen zu können. Eine aufrichtige Sorge für die Aufrechterhaltung der Reichsintegrität würde freilich auf dem Wege der Verständigung und Wiedervereinigung mit Preußen ihr Ziel zu erreichen gesucht haben. Denn da im baseler Frieden das Schicksal der linksrheinischen Reichslande dem künftigen Reichsfrieden vorbehalten war, so war es klar, daß nur durch das feste Zusammenhalten aller Glieder des Reiches in dieser Beziehung ein glückliches Ergebnis gewonnen werden konnte, daß aber das leidenschaftliche Hezen gegen Preußen die Franzosen in den Stand setzen mußte, vollständig die ihnen günstigen Konsequenzen des Friedens zu ziehen. Indessen war es Oestreich in Wahrheit um die Integrität des Reiches gar nicht zu thun, wie der Frieden von Campo Formio hinreichend bewies. Denn in diesem gab es nicht nur den größeren Theil des linken Rheinufers preis, sondern verpflichtete sich in den geheimen Artikeln, zur Abtretung desselben mitzuwirken, und erhielt dafür die Zusage der französischen Vermittelung zum Erwerbe des Erzbisthums Salzburg und eines Theiles von Bayern. Preußen sollte seine linksrheinischen Gebiete zurückbekommen, aber auch keine weitere Erwerbung machen. Die Reichsfürsten, welche Verluste erlitten hatten, sollten in Deutschland entschädigt werden, ebenso das Haus Dranien.

Interessant ist es nun, das Gegenspiel der beiden Mächte, die doch die wichtigsten Gründe hatten, Frankreich gegenüber zusammenzuhalten, durch alle Phasen des rastatter Congresses zu verfolgen. Oestreich eröffnet das Spiel mit der feierlichen Erklärung, daß die Integrität des Reiches gewahrt sei, was, wie auch nicht lange verborgen bleiben konnte, eine handgreifliche Lüge war. Die französische Taktik war, die beiden Mächte durch wechselseitiges Begünstigen bald der einen, bald der andern gegeneinander zu hezen und jedem Versuche einer Annäherung entgegenzuarbeiten. Zuerst versuchte es Bonaparte, wie wir aus dem berliner Archive sehen, mit Preußen. Keine Schmeichelei wurde gespart, um Preußen zu gewinnen; von Oestreich wurde mit Geringschätzung und Abneigung gesprochen. „Mit Oestreich,“ äußerte Bonaparte in Paris zu dem preussischen Gesandten, „kann man niemals zum Abschluß kommen, wenn man nicht die Miene annimmt, abzubrechen. Euer großer Friedrich kannte vollkommen die Art, wie man mit Oestreich verhandelt; er kann auch bei diesem Anlaß als Muster dienen. Ueberhaupt wird Preußen seine politische Existenz nie fest gegründet haben, als bis es Oestreich bekämpft und niedergeworfen hat.“ In Preußen war man indessen nicht geneigt, auf diese Lockungen einzugehen, da man in ihnen sehr wohl die Absicht, Oestreich und Preußen zu

verfeinden erkannte und sich der Einsicht keineswegs verschloß, daß weiteres Unheil nur durch ein Zusammengehen Oestreichs und Preußens verhütet werden könne. Indessen fanden die Versuche Preußens, sich Oestreich anzunähern, in Wien kein besonderes Entgegenkommen; mit den geheimen Artikeln von Campo Formio hielt man sorgfältig zurück, was die preußischen Diplomaten in ihrer Vermuthung, dieselben müßten sehr bedenklichen Inhalts sein (in der That waren sie noch viel bedenklicher, als man in Berlin vermuthete), natürlich bestärkte. Dessenungeachtet setzte Preußen seine Bemühungen, sich mit Oestreich zu verständigen, eifrig fort und suchte auch eine gemeinschaftliche Annäherung an Rußland herbeizuführen, war aber von dem Gedanken an eine Coalition, die möglicher Weise zum Kriege führen konnte, weit entfernt, weshalb man auch in Wien sich nicht sonderlich um die Freundschaft mit Preußen bemühte. Aber die unbedingte Friedensliebe des berliner Cabinets war doch nicht das einzige Hinderniß, das einer Vereinigung der beiden deutschen Großmächte im Wege stand; ein wohl noch größeres Hinderniß waren und blieben die geheimen Stipulationen von Campo Formio, indem dieselben es für Oestreich unmöglich machten, Preußen mit der Offenheit entgegenzukommen, die allein das tiefeingewurzelte und wohlbegründete Mißtrauen des preußischen Cabinets hätte überwinden können. Das Streben nach Salzburg und einem Theil von Bayern konnte in Wien ein ernsthaftes Bemühen um die Freundschaft Preußens gar nicht aufkommen lassen. Es war natürlich, daß Preußen als erstes Pfand der Aufrichtigkeit Oestreichs immer von Neuem die Mittheilung der geheimen Artikel von Campo Formio forderte. An eine Mittheilung derselben konnte man aber gar nicht denken, weil sie sofort allen scheinheiligen Versicherungen Thuguts und Lehrbachs die Maske abgerissen haben würden. Man versteckte sich also hinter das den Franzosen gegebene Wort, die Artikel geheim zu halten, und schlug den Ton hoher sittlicher Würde an, wie z. B. der Kaiser Franz an Friedrich Wilhelm den Dritten schrieb: Man werde doch ihn, den deutschen Kaiser, in so schweren Zeiten nicht veranlassen wollen, daß er den Franzosen das Beispiel eines Wortbruchs gebe. In Berlin verstärkte man durch derartige Wendungen, die so ganz und gar nicht zu dem durchaus zweideutigen und auf Täuschung berechneten System der österreichischen Politik paßten, nur noch mehr den Verdacht, daß die Artikel ihres Inhalts wegen sich zu einer Mittheilung nicht eigneten. Frankreich unterließ nichts, um den Argwohn Preußens zu steigern. „Sie werden Euch,“ sagte Talleyrand, „nie die Artikel von Campo Formio mittheilen; denn sie würden Euch damit die Geheimnisse ihrer künftigen Politik preisgeben.“ Bonaparte suchte dem preußischen Gesandten Sandoz die Vortheile einleuchtend zu machen, die für Preußen daraus hervorgehen würden, wenn es im Einklang mit andern Reichsständen die definitive Abtretung der Rheingrenze vermittelte. „Die Verpflichtung, die wir dadurch gegen Preußen

hätten, würde manche eventuelle Bedingung erschüttern, deren Ausführung Preußen so wenig wie Frankreich wünschen kann. Es gibt kein anderes Mittel, Bayern vor jeder Art von Theilung zu schützen.“ Ein deutlicher Wink über den Inhalt der Artikel! Aber dies Drängen hatte jetzt so wenig, wie in den früheren Stadien der Verhandlungen, die von den Franzosen beabsichtigte Wirkung, steigerte vielmehr in Berlin den Verdacht gegen Frankreich aufs Höchste und ließ eine Verständigung mit Oestreich, wie groß die Hindernisse auch sein mochten, die einer solchen im Wege standen, als das Wünschenswertheste erscheinen. Man faßte daher den Gedanken, Conferenzen in Berlin zu halten und zur Ausgleichung der Differenzen zwischen Oestreich und Preußen die Vermittelung Rußlands nachzusuchen. Die Conferenzen fanden auch wirklich Statt, ohne jedoch zu einem befriedigenden Ergebniß zu führen. Oestreich entschloß sich nicht zu einem unumwundenen Verzicht auf seine bayerischen Theilungspläne, Preußen dagegen gab den Grundsatz der Säcularisation zum Behuf der Entschädigungsansprüche nicht auf, und zwar mit gutem Grunde; denn nur durch Festhalten an diesem Grundsätze konnte Preußen die weltlichen Fürstenthümer, d. h., wie die Sachen lagen, insbesondere Bayern vor der Gefahr schützen, in die Theilungsmasse geworfen zu werden. Sodann aber gelang es Oestreich nicht, Preußen zu irgend einem Schritte zu drängen, der die Neutralität Preußens compromittiren konnte. Je mehr Oestreich auf ein solches Ziel hinarbeitete, um so deutlicher wurde es den berliner Diplomaten, daß die Erreichung desselben der einzige Zweck der österreichischen Bemühungen um eine Annäherung von Preußen sei. Wenn trotzdem die Verhältnisse zwischen den beiden Staaten im Ganzen sich besserten, so hatte dies nur darin seinen Grund, daß die Annäherung an Frankreich, die von diesem fortwährend mit großer Zudringlichkeit betrieben wurde, von fast allen preußischen Staatsmännern, selbst von Alvensleben, für eine schlechte, ja unmögliche Politik erklärt wurde, wie denn auch das wiederholte Anerbieten eines Bündnisses zurückgewiesen wurde. Von einem geheimen Einverständniß mit Frankreich findet sich in dem ganzen Laufe der Verhandlungen keine Spur.

Wir haben oben ausgesprochen, daß wir die principielle Neutralität als die Hauptquelle des Sinkens der preußischen Macht bis zur Katastrophe von Jena ansehen. Um aber billig über diesen Punkt zu urtheilen, muß man einen Umstand erwägen. Der Gang der Verhandlungen mit Oestreich zur Zeit des rastatter Congresses beweist, daß die Ursache der Neutralitätspolitik nicht bloß in der Unentschlossenheit und Beschränktheit der preußischen Staatsmänner zu suchen ist; wo eine jede Entscheidung der Handelnden in unabsehbare und unberechenbare Gefahren verwickeln würde, bleibt als Auskunftsmitel nur die Unentschiedenheit, d. h. die Neutralität, übrig. Preußen hatte die Wahl zwischen der Bundesgenossenschaft Frankreichs und Oestreichs. Es wußte, daß

beide Bewerber nur darauf ausgingen, es zu täuschen und zu ihren Zwecken zu mißbrauchen. Dazu kam noch, daß, während die allgemeine Weltlage Preußen entschieden auf eine Theilnahme an der Coalition gegen Frankreich hinwies, es seine nächsten Zwecke unstreitig am leichtesten durch eine Verbindung mit diesem Staat erreichen zu können hoffen durfte, daß dagegen gerade die speciellen Interessen der preussischen Politik in Oestreich ihren schroffsten und unnachgiebigsten Gegner fanden, einen Gegner, von dem es gewiß war, daß er den französischen Lockungen zugänglich war, und daß er durch keine Gewissensbedenken abgehalten wurde, sich mit Frankreich zu verbinden, wenn die Freundschaft mit diesem ihm größeren Vortheil versprach, als der Krieg gegen dasselbe. Wir sehen daher in dem vorliegenden Falle in der Politik der Neutralität weniger eine Schwäche, als vielmehr ein trauriges Gebot der Nothwendigkeit. So wenig wir in der Geschichte einer fatalistischen Anschauung huldigen, und so wenig wir namentlich geneigt sind, die Schuld der Individuen dem Schicksal aufzubürden, so läßt sich doch andrerseits nicht in Abrede stellen, daß im Staatsleben Momente vorkommen, wo eine unglückliche Verwicklung die Möglichkeit eines rettenden Entschlusses so erschwert, daß nur die gewaltigste staatsmännische Kraft die Schranken der Nothwendigkeit zu durchbrechen vermag. Auch hier liegt eine Schuld zu Grunde; aber es ist zum größeren Theile die Schuld der Vergangenheit, die auf Jahre hin, alle Kräfte lösend und bindend, fortwirkt. Für Preußen begann, wie nicht oft genug hervorgehoben werden kann, der Rückgang mit dem Tage von Reichenbach. Daß man damals den Augenblick hatte ent schlüpfen lassen, daß man mit Oestreich ein ungleiches Bündniß geschlossen hatte, ohne daß die Voraussetzungen, welche eine aufrichtige Freundschaft ermöglichten, vorhanden waren, das strafte sich durch eine Reihe von Verlegenheiten, die von Jahr zu Jahr sich steigend, Preußens Kräfte mehr und mehr einschnürten, seine Bewegung hemmten und es in dem Grade der Fähigkeit zu entschlossenem Handeln beraubten, daß es die Gelegenheiten zu erfolgreichem Eingreifen, die sich ihm in den Jahren 1804 und 1805 boten, unbenutzt vorübergehen ließ. Es bedurfte einer fast vernichtenden Krisis, um den tief eingewurzelten Krankheitsstoff zu überwältigen und in der Schule des Leidens die Kräfte so weit zu stärken, daß sie den Bann, der Preußen umgab, durchbrechen konnten, freilich ohne daß es gelang, in gleicher Weise, wie der Nation den altpreussischen Opferrath, so auch der Diplomatie die unvergleichliche Kraft und Sicherheit des fredericianischen Zeitalters einzulösen. Kranken wir denn nicht bis auf den heutigen Tag noch an den Folgen des Vertrags von Reichenbach? — Was dagegen speciell das Verhalten der preussischen Staatskunst zur Zeit des rastatter Congresses betrifft, so tragen wir Bedenken, ihr aus ihrer damaligen Unentschlossenheit, aus ihrer Neutralitätssucht einen Vorwurf zu machen. Wo die allgemeinen Forderungen

der Weltlage mit den Forderungen des Augenblicks in Widerspruch stehen, wo die Befriedigung der letzteren die Ehre und die Zukunft eines Staates bedroht, vermag nur eine geistige Kraft, welche die Verhältnisse ihrem mächtigen Willen unterzuordnen weiß, die auch bedenkliche Schritte im Bewußtsein ihrer Ueberlegenheit wagen darf, den Uebergang aus der Politik des Leidens zu der Politik des Handelns zu finden.

Eine bei weitem strengere Beurtheilung verdient die von Preußen der Bedrohung und schließlichen Besetzung Hannovers durch Frankreich (1803) gegenüber befolgte Politik. Einmal handelte es sich hier für Preußen direct um eine Lebensfrage, die Aufrechterhaltung der norddeutschen Neutralität; sodann aber ist es kein Zweifel, daß Preußen bei dieser Gelegenheit durch energische Entschlossenheit seine politische Stellung wesentlich hätte verbessern können. Wenn es, ohne Rücksicht auf den Zorn Bonapartes und auf die von anderer Seite her zu erwartenden Mißdeutungen, Hannover auf die Bitte der dortigen Regierung bei der ersten Bedrohung durch die Franzosen besetzt hätte, so läßt sich mit ziemlicher Sicherheit annehmen, daß dies nicht zu einem Kriege mit Frankreich geführt haben, daß es aber das Ansehen Preußens außerordentlich erhöht und ihm die längst entbehrte Actionsfähigkeit wiedergegeben haben würde. Statt dessen Unterhandlungen in Petersburg, London und Paris, die sämmtlich erfolglos blieben, weil jedermann wußte, daß, welches auch die Ergebnisse derselben sein mochten, Preußen unter allen Umständen seinen Wünschen keinen Nachdruck durch die That zu geben entschlossen war! Die diplomatischen Verhandlungen Preußens, um die drohende Besetzung, und nachdem sie eingetreten war, ihre weiteren Folgen abzuwenden, die Sendung Lombards nach Brüssel und seine haltungslose Hingebung an Bonaparte, machen einen wahrhaft peinlichen und schmerzlichen Eindruck. Ein näheres Eingehen auf diese Verhältnisse, die nach den Acten des preussischen Staatsarchives ausführlich dargestellt sind, müssen wir uns der Fülle des vorliegenden Stoffes wegen versagen.

Die Krisis der europäischen Angelegenheiten, nicht bloß Preußens, gelangte auf ihren Höhepunkt in den diplomatischen Verhandlungen, die dem Kriege von 1805 theils vorangehen, theils ihn begleiten. Die Situation Preußens war höchst bedenklich, aber, trotz der bereits begangenen Fehler doch nicht hoffnungslos, ja sie war in vielen Beziehungen günstiger als sie es zu irgend einer Zeit seit dem baseler Frieden gewesen war; zunächst deshalb, weil Preußens Entschluß von entscheidendem Einfluß auf den Gang des Krieges werden konnte, und sodann, weil das Gewicht der Gründe, welche einer Verbindung mit Oestreich im Wege standen, wenn nicht gehoben, doch bedeutend vermindert war. Wie man aber auch über die Lage urtheilen mochte (und gewiß waren zwei entgegengesetzte Auffassungen der Verhältnisse möglich), unter allen

Umständen war eine Entscheidung geboten, eine thätige Parteinahme in dem Kampfe, der unvermeidlich bevorstand. Es ergibt sich nun aus den diplomatischen Correspondenzen ganz klar, daß man in Berlin sich dessen wohl bewußt war, daß aber das immer wieder sich geltend machende Bestreben, um jeden Preis in dem allgemeinen Weltbrande die Neutralität zu behaupten, ein unablässiges Schwanken zur Folge hatte, sodaß das Ergreifen eines selbständigen Entschlusses stets von den Ereignissen überholt wurde. Dazu kam, daß von den beiden Seiten, auf denen man sich um die preußische Alliance bewarb, eine Taktik eingeschlagen wurde, die ganz darauf berechnet zu sein schien, Preußen in das gegnerische Lager zu treiben, bis endlich in dem letzten Augenblicke des Grafen v. Haugwitz gewissenlose Schwäche Preußen zum willenslosen Werkzeug und Opfer der napoleonischen Politik machte. Es haben die damaligen Schwankungen der preußischen Politik auf die Zeitgenossen vielfach den Eindruck undurchdringlichster Hinterhältigkeit und berechnender Schlaubeit gemacht: je genauer wir in das Detail der Verhandlungen eindringen können, um so klarer sehen wir, daß alles Schwanken nur das Resultat der Schwäche und Unentschlossenheit war, die seit der Staat zu Reichenbach mit seinen Traditionen einmal gebrochen, sich in raschem Fortschreiten so weit gesteigert hatte, daß selbst die dringendsten Antriebe zum Handeln nicht stark genug waren, um im richtigen Augenblicke das Schattenbild einer bereits völlig unhaltbar gewordenen Neutralität zu verschleichen.

Den Hauptanlaß zur Bildung der Coalition von 1805 gaben bekanntlich zunächst die Uebergriffe Napoleons in Italien, namentlich auch die Annahme der italienischen Königskrone. Charakteristisch ist es nun gleich beim Beginn der Verwicklung, mit welcher Hartnäckigkeit man in Berlin die Glaubwürdigkeit der diesen Punkt betreffenden nur allzu begründeten Gerüchte bezweifelt. Nachdem endlich Napoleons Maßregeln in Italien vollzogen waren, findet man, daß es gar nicht befremdend sein würde, wenn jetzt in Wien und St. Petersburg die Kriegsgedanken die Oberhand gewinnen würden, fügt aber gleich hinzu, Preußens Neutralität werde dadurch nicht erschüttert. Freilich aber konnte man sich nicht verhehlen, daß die Durchführung der Absicht, dem Lande während eines neuen europäischen Krieges den Frieden zu erhalten, nicht allein von dem eigenen Willen abhängig sein würde, und daß nur die Erhaltung des Weltfriedens Preußen von der Sorge, in den Strudel der Begebenheiten hingerissen zu werden, befreien können. Demgemäß stellte sich die preußische Politik die bestimmte Aufgabe, alle ihre Gewandtheit aufzubieten, um die immer höher gehenden Bogen der kriegerischen Stimmung in Europa zu besänftigen und die schon zum Schlage gerüsteten Rivalen vermittelnd und beruhigend auseinander zu halten. Es wurde die reine Neutralität mit der Rolle des Friedensstifters vertauscht. Diese Wendung konnte von großer Bedeutung für Preußens Stel-

lung werden, wenn sie in dem Sinn unternommen wurde, daß sie den Uebergang zu einer Politik des Handelns bildete, wie denn auch einige preußische Staatsmänner eifrig in der Richtung gewirkt haben. Es fehlte aber den schließlich entscheidenden Kreisen sowohl die klare Erkenntniß, daß das Werk der Friedensstiftung sehr geringe Aussicht auf Erfolg habe, als auch die Entschlossenheit, für den Fall der Erfolglosigkeit für den einen oder andern der kämpfenden Partei zu ergreifen. Dadurch entsteht denn jener Widerspruch in der preußischen Politik, der für den Staat verhängnißvoll werden sollte, indem von der einen Seite die Politik der Vermittelung nur als ein Vehikel für das Festhalten an der Neutralität angesehen wurde, von der andern Seite dagegen gerade als Uebergangsstadium aus der Neutralität zur Action. Aber auch in der Actionspartei, wenn wir den Ausdruck hier gebrauchen dürfen, vermissen wir ein bestimmtes Princip; sie handelt ohne einen festen politischen Gedanken, und läßt sich ganz durch die von Außen her kommenden Eindrücke bestimmen. Sie sucht einen festen Boden für die Parteinahme in dem bevorstehenden Kriege zu gewinnen, sie nähert sich Frankreich; unter den Gegenwirkungen der Friedenspartei wird ihr sofort der Boden unter den Füßen fortgezogen, eine Zeit lang bleibt Alles in der Schwebe, bis ein unerwartetes Ereigniß den Staat rasch in die russisch-österreichische Strömung wirft. Es fehlt nicht an entschiedenen Beschlüssen, aber durchaus an der Fähigkeit der Selbstbestimmung.

Den ersten kräftigen Impuls — um die Hauptmomente der bezüglichen Verhandlungen zusammenzustellen — erhielt die preußische Politik von Paris. Luchefini äußert sich in einem Gespräch mit Talleyrand mißbilligend über die neuesten Gewaltthätigkeiten Frankreichs und bemerkt, daß dieselben in Preußen ungefähr dieselbe Beurtheilung gefunden hätten, wie in Oestreich und Rußland. „Vorgänge wie diese rechtfertigen jede Besorgniß und jeden Argwohn.“ Talleyrand, der weder das Uebergewicht Frankreichs noch den Ehrgeiz seines Beherrschers bestritt, erklärte, daß es um denselben zu begegnen kein Mittel als eine Alliance zwischen Preußen und Frankreich gäbe, deren Preis der Besitz von Hannover sei. Zur weiteren Betreibung dieser Angelegenheit beschloß dann Napoleon Duroc nach Berlin zu senden. In Berlin, wo man anfangs das Anerbieten ziemlich kühl aufgenommen hatte, machte sich bald eine günstigere Auffassung desselben geltend. Dazu wirkte nicht allein die lockende Aussicht auf den Besitz von Hannover, sondern auch die Hoffnung, daß auf diesem Wege Preußen am meisten zur Erhaltung des Friedens beitragen könne. Wenn Hannover geräumt werde, so falle für die Russen jeder Grund eines Angriffs weg, und wenn es gelinge, die Unabhängigkeit des Restes von Italien, der Schweiz, Hollands, des deutschen Reiches sicher zu stellen, so würde die Coalition doch wohl vielleicht Bedenken tragen zu den Waffen zu greifen. Diese Anschauung wünschte man mit

scharfer Betonung des friedlichen Zweckes in einem öffentlichen Vertrage niedergelegt zu sehen, während die auf die Abtretung Hannovers bezüglichen Bestimmungen in einem geheimen Abkommen ihre Stelle finden sollten. Einen bedeutenden Eindruck mußte es machen, daß auch der Herzog von Braunschweig in einer Conferenz zu Halberstadt (22. August) sich Hardenberg gegenüber entschieden für die Erwerbung Hannovers aussprach, wobei er, gegen eine Grenzabrundung, sich bereit erklärte, eine Uebereinkunft mit Preußen zu schließen, wodurch dieses die Militärgewalt im ganzen Herzogthum erhalte, mithin dieses einen Theil der Monarchie ausmachen würde. Da auch Hardenberg sich für die Erwerbung Hannovers ausgesprochen hatte, so war wohl einige Aussicht, daß die Bedenken des Königs gegen eine Annäherung an Frankreich überwunden worden wären, wenn nicht Haugwitz, der im Jahre 1804 von den Geschäften entfernt worden war, aus seiner Zurückgezogenheit dem König ein Gutachten eingereicht hätte, in dem er dringend vor dem Abschlusse eines Vertrages, wie die Franzosen ihn vorgelegt hatten, warnte. Eine Alliance mit Frankreich sei in diesem Augenblicke so viel wie der Krieg. Häusser irrt wohl nicht, wenn er glaubt, daß Haugwitz mit diesem Rathschlage den innersten Gedanken des Königs entgegengekommen sei, der aus Friedensliebe wie aus moralischen Bedenken gleich sehr dem kühnen Entschlusse widerstrebte, zu dem Hardenberg ihn bewegen wollte. Sehr klar geht dies daraus hervor, daß in Folge seines Rathschlages Haugwitz wieder in seine Stellung als Minister zurückkehrte.

So war also, als Durco am 1. September in Berlin eintraf, die Aussicht auf ein französisches Bündniß bereits wieder im Verschwinden begriffen: nicht als ob der König jede nähere Verbindung mit Frankreich zurückgewiesen hätte, aber über den Charakter der beabsichtigten Annäherung wich seine und der Franzosen Ansicht so weit ab, daß eine Vereinigung eine Unmöglichkeit schien. Für Friedrich Wilhelm den Dritten hatte eine Verbindung mit Frankreich nur insofern Werth, als sie ein Mittel werden konnte, den allgemeinen Frieden zu erhalten. Napoleon dagegen, der mit vollem Rechte von der Unmöglichkeit einer Erhaltung des Friedens überzeugt war, wollte eben ein Schutz- und Trugbündniß zu dem Zwecke des Krieges, was er auch offen genug aussprach. Ein mißlungener Versuch, in Wien einer friedlichen Stimmung die Wege zu bahnen, bewies dem preussischen Cabinet hinlänglich, daß alle Aussichten auf Erhaltung des Friedens geschwunden seien. Das Ueberschreiten des Inn durch die Oestreicher konnte nicht anders als eine Kriegserklärung aufgefaßt werden. Je näher aber die Kriegsgefahr rückte, um so lebhafter wurden auch die Versuche Rußlands und Oestreichs, Preußen für die Coalition zu gewinnen. In dessen, auch ganz abgesehen von der principiellen Vorliebe Preußens für die lange festgehaltene Neutralität, ließ sich nicht verkennen, daß die Zustände Oestreichs wenig einladend waren für eine Verbindung mit diesem Staate. Selbst

Geng hatte durchaus kein Vertrauen zu den leitenden Persönlichkeiten. Auf's entschiedenste aber mißbilligte er die besonders von Rußland befolgte Taktik, Preußen durch Einschüchtern für die Coalition zu gewinnen. Und in der That würde die Drohung Alexanders, 100,000 Mann durch Schlesien marschiren zu lassen, wahrscheinlich das bewirkt haben, was alle Künste der französischen Diplomaten bis jetzt vergebens erstrebt hatten, wenn nicht Napoleon alsbald die brutale Drohung der Russen durch eine brutale Handlung überboten und auf die Art Preußen wieder seinen Gegnern in die Arme getrieben hätte. Die Aufregung in Berlin über die russischen Pläne war sehr groß. In einer Berathung, bei der Hardenberg, Haugwitz und die namhaftesten Generale zugegen waren, einigte man sich dahin, daß alle Kräfte aufzubieten seien, um die Selbständigkeit Preußens mit den Waffen zu behaupten. Da traf die Nachricht von dem Durchmarsch eines französischen Corps durch Ansbach ein; Napoleon hatte das ausgeführt, womit Rußland gedroht hatte, die Neutralität Preußens war gewaltsam verletzt worden. Der gewaltige und erschütternde Eindruck, den diese Handlung hervorrief, bildete, wie Häuffer mit Wärme hervorhebt, die erfreulichste Episode in der Zeit der preussischen Erniedrigung. Es schien, als ob der alte Preußenstolz sich zur entschlossenen That aufraffen werde. Die Erklärungen Preußens an Frankreich sind energisch gehalten; die potsdamer Convention vom 3. November, durch die Preußen sich verpflichtete, als vermittelnde Macht von Napoleon die früheren Verträge als Friedensgrundlage zu fordern und für den Fall der Nichtannahme mit 180,000 Mann ins Feld zu rücken, war offenbar mit der Neutralität nicht mehr vereinbar. Und in der That blieb Preußen nach seinem ersten Auftreten nichts übrig, als mit dem Aufgebot aller Kräfte auf dem eingeschlagenen Wege zu verharren. Eine Depesche Finkensteins aus Wien scheint uns die Gefahren und die günstigen Momente der Situation treffend zu bezeichnen. Oestreich, schreibt Finkenstein unter dem 23. October, sei nun nicht mehr der alte Nebenbuhler, sondern der natürliche Verbündete. Die Lage sei so, daß man preussische Truppen jetzt in Oestreich als Befreier begrüßen würde. „Welch glorreiche Rolle für G. M. jetzt allein noch die Welt von Bonapartes Joch erretten zu können! Und ist es nicht zugleich in Ihrem eigenen Interesse, Oestreich vor völligem Umsturz zu bewahren? G. M. kennen den Charakter Napoleons hinlänglich, um zu wissen, daß er die letzten Vorgänge nie verzeihen wird, nachdem er so fest auf Ihre Friedfertigkeit gezählt, daß er es gewagt hat, mit unverschämter Dreistigkeit Ihr Gebiet zu verletzen. Sie müssen darum auf einen Krieg mit ihm gefaßt sein, sobald er Oestreich vollends zu Boden geschlagen hat.“ Es folgt jetzt Haugwitz' Sendung an Napoleon. Wesentliche neue Aufklärungen über diese Mission gibt die neuere Auflage nicht: ein neu hinzugekommener Bericht von Haugwitz ist nicht geeignet, sein Verhalten irgendwie zu rechtfertigen oder auch nur

zu entschuldigen. Ueber die innersten Wünsche und Stimmungen der berliner Kreise erhalten wir auch in der vorliegenden Auflage keine vollständige Aufklärung. Es scheint uns, daß an der aufrichtigen Absicht, dem potsdamer Vertrage gemäß zu handeln, nicht gezweifelt werden darf, daß aber trotzdem die berliner Staatsmänner in dem Gedanken, die Neutralität mit einer thätigen Theilnahme an einem Kriege, in dem es sich allerdings leicht um die Existenz Preußens handeln konnte, zu vertauschen, sich nicht recht zu finden vermochten. In diesem unklaren Schwanken vertraute man denn die stolze Botschaft an Napoleon dem Manne an, von dem man wußte, daß er seiner Mission gewiß in der mildesten Weise genügen und dieselbe jedenfalls lieber als eine friedliche wie als eine kriegerische auffassen würde. Darauf war man freilich nicht gefaßt, daß er seinen Auftrag, so lange derselbe noch ausführbar war, gar nicht ausführen würde. Nach der Schlacht von Austerlitz war für seine Mission freilich kein Raum mehr. Hatte Haugwitz den richtigen Moment in sträflicher Pflichtvergessenheit vorübergehen lassen, so blieb ihm allerdings jetzt kaum noch etwas Anderes übrig, als die Consequenzen seiner Versäumnis zu ziehen, d. h. den Vertrag von Schönbrunn abzuschließen. Uebrigens darf man nicht unbeachtet lassen, daß die Kopflosigkeit der russischen Kriegführung einen großen Theil der Schuld an der traurigen Wendung der Dinge trägt. Es kam offenbar darauf an, die Entscheidung so lange hinzuziehen, bis Preußen so weit vorbereitet war, um dem potsdamer Vertrag gemäß mit voller Macht in die Begebenheiten eingreifen zu können. Daß die Coalition sich bei dieser Lage der Dinge einer Niederlage aussetzte, die unvermeidlich die ungünstigste Wirkung auf Preußens Entschliesung ausüben mußte, war nicht bloß ein militärischer, es war vor Allem einer der unbegreiflichsten politischen Fehler, von denen die Geschichte dieser Coalition so überreiche Beispiele bietet.

Eine sehr anziehende Partie in der vorliegenden Auflage bilden die Berichte Humboldts, der im Jahre 1810 Finkenstein auf dem Gesandtschaftsposten in Wien ablöste. Als einen Systemwechsel haben wir diesen Personenwechsel nicht anzusehen. Finkenstein, wie wir gesehen haben, hatte sich bei jeder Gelegenheit als energischen Gegner Napoleons gezeigt. Dieselbe Richtung aber, wenn auch mit größerer Besonnenheit und Umsicht, vertrat auch Humboldt; Cines aber hatte Humboldt vor ihm, wie wohl vor den meisten preußischen Staatsmännern, voraus, den eindringenden Scharfblick in der Beurtheilung von Verhältnissen und Personen, von dem unter Andern die vortreffliche Charakteristik Metternichs, die er in einem Gesandtschaftsberichte entwirft, einen glänzenden Beweis liefert. Humboldt erklärt manche der über Metternich verbreiteten Urtheile für unbillig, hält ihn z. B. nicht für fähig, die Interessen seines Kaisers den seinigen zu opfern. Dagegen hebt er mit aller Schärfe hervor, daß

es ihm an Wahrhaftigkeit und Festigkeit und Unveränderlichkeit der Grundsätze fehle. Es werde bei ihm nicht vorkommen, wie bei einem Manne von prononcirtem Charakter, daß er lieber seine Stelle aufgebe, als unter Umständen ein ganz entgegengesetztes System befolge. Insofern werde die politische Haltung des wiener Hofes, solange Metternich die Geschäfte leite, stets schwankend, schwer zu begreifen und niemals über Zweifeln und Sorgen erhaben sein. Die Schilderung, welche unter Anderm auch eine treffende Vergleichung Staudions und Metternichs enthält, in ihrem ganzen Umfange mitzutheilen, verbietet uns ihre Ausführlichkeit.

Es macht übrigens einen überaus wohlthuenden Eindruck, in der deutschen Diplomatie nach einer langen Periode des Verfalles einem überlegenen Geiste zu begegnen, der, während er die Gefahren der Lage und die Schwäche der eigenen Mittel hinlänglich zu würdigen wußte, nicht einen Augenblick sich muthloser Verzweiflung hingab, der zu einer Zeit, wo Preußen so tief gesunken war, daß jede Laune des Imperators die letzten Reste des Staates ungehindert zu zertrümmern vermochte, nur darauf bedacht war, die Befreiung des Vaterlandes vorzubereiten. So wirkte er, der ruhige, reflectirende Denker, der durchdringende, überlegene Beobachter, als Minister wie als Gesandter, in demselben großen Sinne, wenn auch in verschiedener Weise, wie die großen Männer der That, die Stein, Scharnhorst, Gneisenau. Es kam der Augenblick näher, wo das ganze durch diese Männer neu erweckte Leben der Nation, in dem einen Gedanken sich concentriren sollte: das Vaterland zu retten. Noch aber war dieser Augenblick nicht gekommen, noch galt es, ihn vorzubereiten. Die Aufgabe, die Humboldt in Wien zunächst zu lösen hatte, hatte er klar erfaßt; es kam darauf an, ein freundschaftliches Verhältniß zu Oestreich zu pflegen und einem engeren Anschlusse Oestreichs an Napoleon, der bei dem schwankenden und schweigsamen Charakter der östreichischen Staatsleitung allerdings zu fürchten war, entgegenzuarbeiten. Letzteres war um so wichtiger, als die größere oder geringere Festigkeit, mit der Oestreich den Zumuthungen Napoleons widerstand, nothwendig auch auf die Haltung Preußens zurückwirken mußte, wie umgekehrt Oestreichs Verhalten von dem Vertrauen bedingt war, welches man in Wien auf die Festigkeit des berliner Cabinets hatte. Jedem Gedanken eines engeren Anschlusses Preußens an Frankreich tritt er kräftig entgegen. Als eine berliner Depesche auf die vielleicht unvermeidliche Eventualität einer näheren Verbindung mit Frankreich hindeutet, bekämpft er diesen Gedanken sogleich aufs Entschiedenste. Oestreich sei noch nicht mit Frankreich alliiert, und so lange die Hoffnung bestehe, daß Oestreich mit der Zeit eine kräftigere Haltung gegen Frankreich einnehmen werde, genüge es für Preußen, seine Verbindlichkeiten gegen Frankreich zu erfüllen, aber nicht mehr.

Sehr schätzenswerthe Aufschlüsse verdanken wir der Correspondenz Humboldts

über die Beziehungen Preußens und Oestreichs zu Rußland und Frankreich während des russisch-französischen Krieges, ganz besonders aber über die Bindungen, durch welche die östreichische Politik nach der Katastrophe in Rußland sich dem französischen Bündnisse auf eine möglichst glatte und nach keiner Seite hin compromittirende oder bindende Weise zu entziehen suchte. In Preußen waren, als die Nachricht von dem Untergange der französischen Armee bekannt wurde, Volk und Regierung darüber einig, daß diese Gelegenheit zur Abschüttelung des verhassten Joches und zur Wiederherstellung der preußischen Monarchie in ihrem alten Umfange mit Ausbietung aller Kräfte benützt werden müsse. In Oestreich dagegen traten jedem raschen Entschlusse sofort die mannigfachen Bedenken entgegen. Zunächst die allerdings nicht unbegründete Furcht vor einem übermäßigen Anschwellen der russischen Macht; sodann die entschiedene Abneigung gegen den volksthümlichen Charakter, den der Kampf in Folge der preußischen Erhebung anzunehmen drohte. Endlich läßt sich nicht verkennen, daß früh die Eifersucht gegen Preußen wiederum in den Erwägungen des wiener Cabinets sich geltend machte. Man wollte allerdings die Herstellung Preußens; in welchem Sinne man aber dieselbe verstand, beweist die Frage, die Metternich nach der Schlacht bei Baugen an Humboldt richtete, ob einige Landstriche an der Elbe und das polnische Südpreußen Friedrich Wilhelm dem Dritten genügen würden. Unter diesen verschiedenartigen Eindrücken bildete sich schon während des französisch-russischen Krieges die von Hardenberg und Humboldt eifrig bekämpfte Ansicht aus, man müsse die beiden Kämpfer sich selbst abschwächen lassen; während sie sich verbluteten, gewinne Oestreich und Preußen Zeit, neue Kraft zu sammeln und allmählig die Machtstellung wieder zu gewinnen, die sie vordem besaßen. Die rein neutrale Rolle eines Zuschauers mußte sich, nachdem Preußen seine ersten Schritte zu einem Bündnisse mit Rußland gethan hatte, von selbst in die Rolle des Vermittlers verwandeln. Nachdrücklich weist Häuffer die vom französischen Standpunkte aus gegen Oestreich erhobene Anklage der Perfidie und Illoyalität zurück. Oestreichs Vermittelungsbasis war für Frankreich so überaus günstig, daß ihre Zurückweisung sich nur aus der völligen Verblendung Napoleons über seine Lage erklären läßt. Am 16. Mai hatte im Auftrag des wiener Cabinets Bubna an Napoleon die Vorschläge Preußens und Rußlands zu überbringen: Herstellung Preußens und Oestreichs in ihrem Umfange von 1805, Auflösung des Rheinbundes und die Zurückgabe der norddeutschen Gebiete, dazu die Auflösung des Herzogthums Warschau. Die Forderung des Rheinbundes sollte Bubna nach seiner Instruction nur in dem Falle an Napoleon richten, wenn die Verbündeten einen Sieg erfochten hätten; die Rückgabe der norddeutschen Gebiete sollte er lediglich als einen Wunsch Rußlands und Preußens betonen und höchstens dann in die Reihe seiner Aufträge aufnehmen, wenn Napoleons jüngster Erfolg sich nicht

als entscheidend herausgestellt hätte. Humboldt ist in den letzten Tagen des Mai nahe daran, seine Hoffnungen auf Oestreichs Beitritt aufzugeben. „Meine wesentlichste Hoffnung,“ schreibt er, „ist jetzt, daß auch die beschränkten Bedingungen Oestreichs nicht angenommen werden, und daß dasselbe, wenn es sich nicht durch Ausflüchte und halbe Zusagen hinhalten läßt, schließlich doch zum Kriege schreiten muß. Richtiger ließ sich die Situation nicht bezeichnen. In der That ist Oestreich der Krieg ebenso wider Willen durch Napoleons Hartnäckigkeit aufgenöthigt worden, wie Napoleons Starrsinn die späteren Friedenscongresse zum Scheitern brachte.

Wie schon bemerkt, entsprang die Abneigung Oestreichs gegen eine Politik, die, wenn sie vom Kriegsglück begünstigt war, zur völligen Vernichtung der napoleonischen Macht führen mußte, zum großen Theil aus der Furcht vor Rußland. Dies Motiv ist an sich nicht ungerechtfertigt. Wohl aber war und ist es ein verhängnißvoller Irrthum der östreichischen Politik, das Gegengewicht gegen die russische Uebermacht in einer Annäherung an Frankreich zu suchen, und zwar aus zwei Gründen, 1) weil Frankreich sich in gar keinem natürlichen Gegensatz zu Rußland befindet; vielmehr in den für Oestreich wichtigsten Fragen dem russischen Standpunkt bei weitem näher als dem östreichischen steht und daher für Oestreich ein durchaus unzuverlässiger und gefährlicher Allirter ist; und 2) weil jede Annäherung Oestreichs an Frankreich zu einer Annäherung Preußens an Rußland führt, wie wir zum Schaden Deutschlands nicht bloß auf dem wiener Congresse erfahren haben, sondern auch in Zukunft immer wieder erfahren werden, so lange Oestreich die Stärke seiner Politik in der Steigerung des Gegensatzes gegen Preußen sucht. Die russische wie die französische Uebermacht findet ihren Damm nur in der Einigkeit Preußens und Oestreichs. Von der Erkenntniß der Grundbedingungen, die eine solche Einigkeit ermöglichen, ist aber Oestreich, trotz aller Erfahrungen der näheren und ferneren Vergangenheit, gegenwärtig weiter entfernt, als es je gewesen ist.

3.

Die schleswig-holsteinische Frage in Süddeutschland.

Aus Schwaben, 6 Dec.

Unser Landtag hat keine Zeit verloren, für Schleswig-Holstein einzutreten. Gleich der Tag der Wiedereröffnung war durch ein einstimmiges Botum beider Häuser für das Recht Deutschlands und der Herzogthümer bezeichnet, und seitdem folgten unausgesetzt Anträge und Interpellationen, um eine widerstrebende Regierung durch den Druck der öffentlichen Meinung zur Mitwirkung an den durch die nationale Ehre gebotenen Maßregeln zu drängen.